

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Geschäft wöchentlich am Samstag.  
Zugpreis vierteljährlich 1,50 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Schern  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Hötterstraße 16 b II.  
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 6808.

Anzeigengebühr für die sechsgepaaltene Kolonelle:  
Arbeitsvermittlung 1,50 Mark, andere Anzeigen 3.— Mark.  
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

### Zum Streit um das Taylorssystem

III.

Vorurteilslos studieren, läutern, verwerten.

Die Einführung des Taylorsystems ist, wie schon wiederholt hier angedeutet, in seinem Geburtslande hauptsächlich daran gescheitert, daß es mit gegen die Arbeiterschaft gerichteten Spitzens vorwärts einzuführen versucht wurde. Diese Scheiterung sollte den Taylors allerwärts und allerart zur Warnung dienen. Die Zeiten sind, wie ich hoffe, endgültig vorbei, wo eine Erhöhung der industriellen Ergiebigkeit fast ausschließlich auf Kosten der Arbeiter oder fast ausschließlich zum Vorteil der Kapitalisten unternommen werden kann. Wer die — sicherlich noch sehr verbesserungsfähige — Produktionsweise verbessern, die Ertragsfähigkeit der Arbeit steigern will, der muß von dem Grundsatz ausgehen, daß dadurch die Arbeiterschaft mindestens materiell wie ideell nicht benachteiligt wird. Diese Lehre ist dem amerikanischen Unternehmertum durch den zehnjährigen Streit um das Taylorssystem geworden. Dessen gegen die Arbeiterschaft gerichtete Spitzens sind durch deren Widerstand gebrochen, zuweilen auch von klugen Fabrikantenhand beseitigt worden. Wo letzteres geschah, konnte es unbehelligt eingeführt und weitergeführt werden zum Nutzen aller Seiten. Von seinen Spitzens gegen die Arbeiterschaft befreit, wird es seinen Einzug in die europäische Industrie vollziehen. So entlastet, bekommt es für uns Gewerkschafter ein anderes, freundlicheres, einladenderes Gesicht.

Eins kann nach alledem als sicher gelten, daß die Erörterung des Systems, wie seine praktische Verwertung noch keineswegs abgeschlossen ist, sondern eigentlich erst begonnen hat. Der schreiende Mangel an Waren, die eherns Notwendigkeit, die entsetzliche Not zu beseitigen und die wirtschaftliche Lage des Lohnschaffenden Volkes nun endlich zu heben, zwingt nach einer Arbeitsweise zu greifen, die Erfüllung der Zeitersfordernisse verspricht. Eine grundlegende Umgestaltung der Produktionsweise, eine nachhaltige Steigerung der industriellen Leistungsfähigkeit ist einfach unerlässlich. Darüber kann es eine Meinungsverschiedenheit nicht geben; und es gibt auch keine, wie die allerersten zutage tretenden Bestrebungen kläglich bezeugen.

Bei der Suche nach einer vorzuziehenderen Arbeitsweise kommt man, was gar nicht wundernehmen läßt, auf Taylors System zurück. Es ist die letzte Zeit in unserer Presse, auch in diesen Spalten eingehender, vielfach allerdings in ablehnendem Sinne besprochen worden. Neue Gesichtspunkte sind in diesen Besprechungen leider überaus spärlich zu finden; sie werden der Sache nicht so gerecht, wie es die Zeitumstände oder ihre Wichtigkeit erzwängen erscheinen läßt. Die Gründe dieser Unzulänglichkeiten sind mannigfaltiger Art. Zuoberst und vor allem wird die Frage noch immer rein Schlagwortmäßig behandelt; zum andern wird noch immer Flachmalerei auf psychologischen Grunde getrieben, das heißt, es wird noch immer nicht die abstoßende Schale vom guten Kern geschieden, noch immer wird über den Schäden für die Arbeiterschaft, die jetzt nach der großen Umwälzung leicht zu beseitigen sind, der große, unbestreitbare Vorteil für die Volksgesamtheit zu viel vergessen.

Zuoberst die Schlagwortmäßige Behandlung. Schlagworte wie Taylorsystem, Antreiberystem, Affordarbeit, Nordarbeit, Klassenstaat usw. haben, so berechtigt sie auch in Vorwörter gewesen sein mögen, nun ihre Berechtigung verloren, oder, um es ganz vorsichtig zu sagen, sind auf dem besten Wege, sie zu verlieren, werden sie verloren haben, wenn es die Arbeiterschaft will. Klassenstaat hat allgemach einen hohlen Klang im Munde der Arbeiter bekommen. Denn wer ist jetzt die herrschende Klasse im Staat oder kann es sein? Affordarbeit ist oder war nur solange Nordarbeit, als der Unternehmer, dank seiner Uebermacht, von ihr löwenanteilmäßig profitierte; nur solange als der Arbeiter, dank seiner Dynamik, es sich gefallen lassen mußte, daß ihm das, was er durch gesteigerte Anstrengung, geschicktere Arbeitsweise und bessere Ausnutzung der Vorteile, also durch ganz persönliche Leistung gewonnen, durch Kürzung der Affordsätze wieder an den Unternehmer verlor, so daß er immer wieder mit der Steigerung seiner Leistungen beginnen, sich immer wieder stärker anstrengen, sich „morden“ mußte, ohne letzten Endes einen deutlichen Gewinn zu sein. Das Taylorsystem ist oder war nur solange ein Antreiberystem, als die Arbeiter unübersteigbare Schwierigkeiten vorfanden, seine gegen sie gerichteten Spitzens zu beseitigen, nur solange, als sie nicht den nötigen Einfluß auf die innere Organisation der Betriebe und auf die Gestaltung der Arbeitsweise hatten.

Der Weitergebrauch der allgewohnten Schlagworte in Verhältnissen, die ihnen ihren Sinn genommen haben oder täglich mehr nehmen, ist nun zwar so unversöhnlich nicht. Die ganze Größe der Umwälzung konnte den Zeitgenossen noch nicht voll zum Bewußtsein kommen, weil der Geist von tausendfältiger innerer wie äußerer Drangsal beansprucht ist. Zudem ging die revolutionäre Wandlung dermaßen schnell und unvorbereitet vor sich, daß es nur wenig zur Neubildung von Gedanken und Wortbegriffen kommen konnte. In dem wilden Sturm ist der geistige und praktische Verstand zerrissen, und das Streben nach einem neuen, dem veränderten Stand der Dinge besser entsprechenden hat natürlicherweise noch keinen großen Erfolg haben können. Dieser Mangel läßt sich schon dadurch behebend mildern, daß die Erörterung der politischen, gewerkschaftlichen und beruflichen Notwendigkeiten nicht mit dem Gesicht der Vergangenheit, sondern der Zukunft zugewendet geschieht. Dies sollte auch bei der Besprechung des Für und Wider des Taylorsystems beherzigt werden. Ohne besondere Prophezeiung kann heute schon behauptet werden, daß — die Erhaltung und Erweiterung der revolutionären Erasmengenschaften vorausgesetzt — in sehr kurzer Zeit die genannten und auch noch manches andere der-ach so lieben und einfachen Schlagworte nur mehr noch historischen Wert haben werden: das Wort, der Begriff wird zwar weiterleben, aber sein Sinn, der Inhalt wird sich schnell wandeln.

In der kapitalistischen Gesellschaft dienen Afford- wie Taylorsystem vornehmlich dazu, den Arbeiter zu höchster Leistung anzuspornen — um dadurch fast ausschließlich den Unternehmern zu bereichern; in der künftigen sozialistischen Gesellschaft, die des Ansporns zu höchster Leistung nicht entzaten kann, werden diese oder zweckähnliche Systeme vornehmlich dazu dienen, den Arbeiter zu bereichern. Bislang bedeuteten Affordarbeit und Taylorsystem hauptsächlich mehr Profit für den Kapitalisten, fürderhin bedeuten sie mehr Lohn, mehr Freizeit für den Proletarier. Diese Erwägungen sollten die Erörterung der Streitfrage über Taylor leiten.

Um die schon zu lange Geschichte nicht noch länger zu machen, will ich meine Meinung in einige Sätze pressen: Umfere vielgestaltige Not heißt unbedingt eine beträchtliche Vermehrung, eine Verdoppelung, Verdreifachung unserer Warenmenge, dies aber, ohne den Arbeiter mehr als heute an die industrielle Säge zu fesseln. Das wird nur möglich sein, wenn die bisherige Vergeudung von Rohstoff, Kraft und Geist beseitigt, die Warenherzeugung nach den neuesten Regeln der Technik und Wissenschaft betrieben wird. Dazu ist (mangels etwas besserem vorläufig die Stückarbeit und) vornehmlich das Taylorsystem — in seiner geläuterten Form, versteht sich — geeignet, insonderheit sein technischer Teil, das ist die Vereinheitlichung der Produktion, Verminderung der Waren und Werkzeuge auf eine geringe Zahl von Typen, sparsamste Ausnutzung von Rohstoff und Maschine, von Menschekraft und Geist.

In Zukunft wird die Arbeiterschaft (im weiten Sinne) die Trägerin der Gesellschaft, werden die Gewerkschaften die Träger der Produktion sein. Ihrer geschichtlichen Aufgabe werden sie um so leichter gerecht werden können, je eher ihnen die Einführung rationalerer Arbeitsmethoden gelingt. Bei der Anwendung solcher ist ihr (bisher berechtigtes) Mißtrauen nicht mehr am Platze, da sie es ja in der Hand haben oder haben können, etwaige Nachteile zu beseitigen. Kraftsparende oder zu höherer Leistung anspornende Arbeitsweisen kommen fürderhin nicht einer Handvoll Kapitalisten zugute, sondern der Volksgemeinschaft. Für den Arbeiter, der sie anwendet, bedeuten sie Gewinn, sei es in Gestalt von reicheren Lohn oder größerer Freizeit.

Für die Gewerkschaften als die verantwortungstragenden Körperschaften der neuen Produktion ist es von höchstem Belang, daß die für ihren besonderen Beruf geeigneten Arbeitsweisen gewöhnt werden. Das Taylorsystem bildet in seinem grundlegenden, technischen Teil Vorteil für alle. Seine gründliche, vorurteilslose, schlagwortfreie Erörterung wie auch seine Weiterbildung sollte Pflicht jeder Gewerkschaft sein. Auf diese Pflicht kann nicht oft und noch drücklich genug hingewiesen werden. Von ihrer richtigen Erfüllung hängt in hohem Maße der Erfolg der künftigen Warenherzeugung, mit deren Verantwortung die Gewerkschaften belastet sind, ab.

Bisher waren die Gewerkschaften in der Hauptsache Körperschaften für den Lohnkampf und die Agitation; fürderhin werden sie in der Hauptsache Körperschaften für die Organisation, Vetreibung und Steigerung der Warenherzeugung sein. Diese viel größeren, aber auch schöneren Aufgaben heischen mehr Kraft, neue Gedanken, besseres Werkzeug. Taylor hat auf die Quelle hingewiesen, wo diese Dinge gefunden werden können. Sie muß aber, wie der biblische Weinberg, durchwühlt, durchforscht, erweitert werden, damit ihre Schätze zur Benutzung frei werden.

### Die englischen Gewerkschaften über die wirtschaftliche Lage

Der letzte Vierteljahrsbericht des englischen Gewerkschaftsverbandes enthält ernste Mahnungen an die Arbeiterschaft. Wenn die Erzeugung nicht vermehrt werde, gingen alle Länder schicksalsschweren Zeiten entgegen. Sinnlose Streiks vergeubeten nutzlos die Gewerkschaftsgelder. Streiks aus politischen Gründen mühten entweder misglücken oder zur Revolution führen. Sie richteten sich nicht gegen den Kapitalismus, sondern gegen das ganze Volk, das darunter leidet. Die Regierung müsse dieser Herr werden oder ihr Amt niederlegen. Alle Streiks verminderten die Erzeugung und trieben die Preise in die Höhe. Bei dem allgemeinen Mangel an Bedarfsgegenständen seien sie doppelt verwerflich und gefährlich. Die Arbeiter müßten sich endlich darüber klar werden, daß sie nicht mit Geld bezahlt werden, sondern mit Waren, d. h., daß es nicht darauf ankomme, welche Menge von Papiercheinen sie erhalten, sondern wieviel sie sich dafür kaufen können. Die Kaufkraft des Geldes wird aber durch die Verminderung der Erzeugung aufs äußerste geschädigt, und deshalb schaden die Streiks gegenwärtig den Arbeitern meist mehr als sie ihnen an Gewinn bringen können. Für alle politischen Streiks trifft das ganz gewiß zu.

Die englischen Gewerkschaften sprechen hier offen aus, wie die Dinge liegen. Arbeit ist die Quelle alles Reichtums. Das vorhandene Kapital kann man einmal beschlagnehmen, aber dann ist es auch zu Ende damit. Rein Volk kann auf die Dauer mehr verbrauchen als es erzeugt. Alle Fragen der Verteilung des erzeugten Reichtums der Gesamtheit sind zweiter Ordnung: erster Ordnung ist nur, daß überhaupt und daß genügend erzeugt wird. Der gegenwärtige Zustand fortwährend mehr essen als wir erzeugen. Die letzten Reste deutschen Credits werden eingesetzt, um das Volk über Wasser zu halten. Aber das hat natürlich seine sehr engen Grenzen. Der deutsche Kredit sinkt immer tiefer; um einen amerikanischen Dollar zu kaufen, müssen wir 22 M anwenden, und ein kilo amerikanischen Schmalzes stellt sich daher im Einkauf dements auf 25 M, mit Berücksichtigung, Fracht und sonstigen Handelsunkosten auf mehr als 30 M. Eine Wüchse kondensierte Milch auf 7 M. Da kann die Regierung noch so viele Milliarden zur Senkung der Lebensmittelpreise bewilligen, infolge der Entwertung des deutschen Geldes steigen die Preise immer mehr.

Ganz müßig ist der Streit darüber, wo das Nachlassen der Erzeugungskraft am größten ist. In Kohle werden gegenwärtig statt 191 Millionen Tonnen, die Deutschland vor dem Kriege hatte, 70 Millionen Tonnen gefördert. Selbst wenn man den Verlust des Saarrevieres in Betracht zieht, ist das natürlich viel zu wenig, um das wirtschaftliche Leben des Landes zu erhalten. In den Eisenbahnerbetrieben ist die Arbeitsleistung noch vielfach gesunken. Und so geht es fort durch die ganze Industrie. Es ist gar keine Rede davon, daß man einer Arbeiterschaft ein besonderes Maß von Schuld zuweisen könnte. Es soll von Schuld überhaupt nicht gesprochen werden, denn wir kennen die zerrüttenden Wirkungen des Krieges. Aber die Notwendigkeit liegt vor, die Erzeugung wieder so zu steigern, damit Deutschland leben kann. Denn die ungenügende Erzeugung muß sich am schwersten an den Arbeitern als Verbraucher rächen.

Deshalb sind die ersten Worte der englischen Gewerkschaften richtungweisend auch für uns. Mögen alle Einsichtiger endlich begreifen, daß nur verstärkte Arbeitsanstrengung den Ring der Not sprengen kann, der das deutsche Volk immer enger umschließt.

### Zweite Sitzung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Berlin, den 19. und 20. August 1919.

Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beauftragte am Beginn seiner Sitzung die frühere Statutenberatungskommission, die den Satzungsentwurf für den Gewerkschaftsbund ausgearbeitet hatte, mit der Ausfertigung eines Reglements für die Umgestaltung der Gewerkschaftsstatute und Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. An Stelle des ausgearbeiteten Reglements trat die Leitung des württembergischen Arbeitsministeriums übernommen hat, wurde die Kommission durch H. Neumann (Holzarbeiter) ergänzt. Danach beauftragte sich der Ausschuss erneut mit der Regelung der Gewerkschaftsverhältnisse in den vom Reich abzutrennenden östlichen Gebieten. In Westpreußen (Bromberg) hat sich bereits ein Gewerkschaftsbund gebildet. Eine Fühlungnahme mit den Gewerkschaftsorganen des Reiches war früher wegen der völligen Abschließung des polnischen Gebiets nicht möglich. Eine Verbindung mit den Gewerkschaften Kongresspolens ist auch heute noch nicht möglich. Ob in absehbarer Zeit an eine solche gedacht werden kann, ist mehr als zweifelhaft, da die polnischen Gewerkschaften erst in der Entwicklung begriffen und mit denen der bisher deutschen Gebiete in keinen Vergleich zu bringen sind. Die polnischen Gewerkschaften wünschen eine Vertretung in diesem Gewerkschaftsbund sowie die Herausgabe der Materialien und des Gewerkschaftsorgans auch in polnischer Sprache sowie die Veranstaltung eines Kongresses, zu dem auch die Warschauer Zentrale sowie ein Vertreter der Zentrale Galiziens hinzugezogen würden. Nach kurzer Debatte wurde der Ausschuss dahin schlüssig, daß der Gewerkschaftsbund alsbald Verständigung mit den Zentren in Warschau und Galizien suchen möge. Die übrigen Wünsche der polnischen Gewerkschaften sollen erfüllt werden und eine Konferenz mit Hinzuziehung der Zentralen Kongresspolens und Galiziens herbeigeführt werden. Auf Anregung der Unternehmerräte der Zentralen Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände nahm der Ausschuss Stellung zu der Frage eines einheitlichen Arbeitsvertrages von Tarifverträgen in Industriebetrieben, die Arbeiter mehrerer Berufe beschäftigen. Diese Anregung wurde unterfützt von dem Vertreter des Bergarbeiterverbandes, der die Schwierigkeiten für den Abschluß eines Tarifvertrages im Bergbau schildert und das Verlangen erhebt, es möge immer die größte Organisation mit dem Abschluß eines Tarifvertrages betraut werden. In der Aussprache wurde von den Vertretern der in Betracht kommenden Verbände der Standpunkt vertreten, daß diese auf die Mitbeteiligung an den Tarifschlüsseln aus rein sachlichen Gründen nicht verzichten könnten. Ein gemeinsames Arbeiten sei aber recht gut möglich, wie Cohen aus seinen Erfahrungen in der Berliner Metallindustrie nachwies. Der Ausschuss nahm folgende Entschliessung an:

Die Organisation der Gewerkschaften Deutschlands ist aufgebaut auf Bezirken. Diese Organisationsform hat sich auch bei dem gegenwärtigen Stand der industriellen Entwicklung durchaus bewährt. Mit der Organisation beruflich gestaltet, so muß auch die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen beruflich erfolgen, und zwar möglichst in der Form von Reichstarifen.

Mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten, die sich bei Schaffung von Tarifverträgen in Betrieben ergeben, wo mehrere Berufsgruppen in Frage kommen, kann bei aller Wahrung obigen Grundsatzes der Abschluß sogenannter Rahmenverträge, das heißt solcher, die das Lohngebiet nicht berühren, ins Auge gefaßt werden. Vor der Einleitung derartiger Tarifverhandlungen hat eine Verständigung zwischen den beteiligten Berufsverbänden stattzufinden, mit der Aufgabe, daß allen das Recht verbleibt, an den Verhandlungen teilzunehmen und für ihre Berufsangehörigen rechtsverbindlich abzusprechen. Bestehende Tarifvereinbarungen werden hieron nicht berührt.

Der Verhandlung über Organisation und Streikrecht der Beamten sind Bestrebungen auf Gründung sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Beamtenorganisationen vorausgegangen, welche die Generalkommissionen veranlassen, mit der Gesamtkommission der deutschen Beamenschaft, dem Deutschen Beamtenbund in Fühlung zu treten zwecks gewerkschaftlicher Umgestaltung des letzteren. Falls der Deutsche Beamtenbund gewillt war, auf gewerkschaftlichen Boden zu treten, war die Möglichkeit eines kartellierten Zusammenwirkens der drei großen Arbeitergruppen, der Arbeiter, der Privatangestellten und der öffentlichen Angestellten gegeben. Die Beratung mit führenden Persönlichkeiten des Deutschen Beamtenbundes ergab deren Bereitwilligkeit, den letzteren auf gewerkschaftlichen Boden zu stellen, und es ist inzwischen auch eine Satzungsänderung in gewerkschaftlichem Sinne erfolgt. Insofern wären die Voraussetzungen für ein gewerkschaftliches Zusammenarbeiten mit dem Beamtenbund erfüllt; indes unterbleibt der letztere zurzeit einen Fonds für die Wahl von Beamtenvertretern zur Nationalversammlung und zu anderen politischen Vertretungen, angeblich ohne Rücksicht auf deren Parteistellung. Dies muß als ein Gegensatz zur parteipolitischen Zentralität der Gewerkschaften, wie sie der Nürnberger Gewerkschaftskongress beschlossen hat, erscheinen. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes muß daher Bedenken tragen, den Deutschen Beamtenbund als Gewerkschaft anzuerkennen.



Sollen die Arbeiter wirklich noch glauben, daß die Kapitalisten ihnen helfen werden, den Kapitalismus zu beseitigen? Ein Narr, der solches erwartet. Hieraus offenbart sich uns so recht die Unzulänglichkeit der sogenannten Parität. Zur Sozialisierung der Wirtschaft und der Produktion können wir durch sie niemals kommen.

Die Arbeiterklasse kann sich heute nicht mehr damit aufhalten, mit dem Unternehmern Punkt für Punkt auszuhandeln, um, wie es in dem angeführten Artikel ausgedrückt wird, die Grenzlinien zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu ziehen. Privatkapitalistische Interessen haben nunmehr reiflos auszuscheiden. Daher hat es keinen Sinn und Zweck, die einzelnen aufgeführten Punkte solcher Abkommen kritisch zu untersuchen. Nur die grundsätzliche Stellung zu dem ganzen Problem soll hier einmal erörtert werden.

Wie zum Ausbruch des Weltkrieges standen die freien Gewerkschaften grundsätzlich auf dem Boden des Klassenkampfes. Sie befanden sich dabei im schärfsten Gegensatz zu den wirtschafts-friedlichen Organisationen. Zwar haben auch wir nie bestritten, daß es zwischen den Interessen der Arbeiter und denen der Unternehmer gewisse Berührungspunkte gibt, betont aber stets, daß man auf dieser schmalen Basis keine gemeinsamen organisatorischen Gebäude errichten kann. Vor derartigen verschwommenen Ideen, die wir als Harmoniebüffel bezeichnen, haben wir die Arbeiterklasse immer gewarnt. Sollen wir nun heute unsere Massengenossen vom Gegenteil überzeugen, wo doch gerade jetzt die Klassengegensätze noch ganz bedeutend verschärft sind? Bei dem denkenden und zur energischen Vertretung seiner Forderungen entschlossenen Teil des Proletariats werden die Theorien der Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum wohl ihre Wurzeln mehr schlagen. Vollständig verfehlt ist es aber auch, wenn in dem zitierten Artikel behauptet wird, die Vertreter der Arbeitsgemeinschaften ließen sich nur vom Haß gegen die selbstgewählten Führer der Arbeiterklasse leiten. In dieser Behauptung scheint mir doch wohl ein gutes Stück Einbildung und Selbstüberhebung zu stecken. Die Führer haben gewiß ihre Verdienste und sind notwendig in der Arbeiterbewegung, aber sie sind doch nicht der Mittelpunkt, um den sich alles drehen muß. Der andere, der ausschlaggebende Teil sind die Massen. Wenn sich diese wirklich nur vom Haß gegen ihre Führer leiten lassen, so wäre das gewiß falsch. Allein ebenso verkehrt wäre es doch, wenn bloß Liebe und Verehrung zu den Führern das Denken und Wollen der Massen bestimmen würde. Es handelt sich doch immer nur um die Sache, niemals um Personen.

Im allgemeinen muß gesagt werden, daß die grundsätzlichen Erwägungen mehr als ausreichend sind, um Arbeitsgemeinschaften zwischen Arbeitern und Unternehmern entschieden abzulehnen. Wenn die Arbeiterklasse im allgemeinen bisher zum Wert oder Unwert dieser Bestrebungen noch keine Stellung genommen hat, so hat dies seine Hauptursache mit darin, daß durch den Krieg ein großer Teil der organisierten Arbeiterklasse aus der Betätigung im Klassenkampf herausgerissen wurde und es natürlich einiger Zeit bedurfte, um sich unter den veränderten Verhältnissen wieder zu orientieren. Wenn aber erst jeder einzelne — allerdings unter großen Opfern und oft unter schweren seelischen Kämpfen — wieder einen festen Standpunkt gewonnen hat, ist zu erwarten, daß die Massen der Arbeiterklasse selbst bei der Lösung der gewaltigen Aufgaben erhöhten Anteil nehmen werden. Das Ziel ist die endliche Befreiung des Proletariats aus den Fesseln des Kapitals. Wollen wir dieses hohe Ziel erreichen, so dürfen wir uns nicht allzu fest an das Gegenwärtige und an die nächste Stunde klammern und uns nicht nach den alten Machtverhältnissen zwischen Kapital und Arbeit richten, wie es bei den Arbeitsgemeinschaften der Fall ist. In ihrem Rahmen werden die von Grund aus veränderten Verhältnisse und Kampfbedingungen völlig ignoriert. So, die Gewerkschaften müssen sogar, um einen ebenbürtigen Kontrahenten zu haben, den Unternehmern zu einer Bedeutung verhelfen, die ihnen nicht mehr zukommt. Ganz abgesehen davon, daß hierzu gar keine Veranlassung vorliegt, ist es auch eine gatte Unmöglichkeit, die ökonomischen Verhältnisse einer vergangenen Epoche zur Grundlage von Vereinbarungen zu machen und die sozialen Umwälzungen dabei gänzlich außer Betracht zu lassen. Es ist höchste Zeit, daß auch die Gewerkschaften dem werdenden Neuen Rechnung tragen. Darum: Heraus mit dem alten konservativen Geist aus den Gewerkschaften und hinweg mit den Arbeitsgemeinschaften!

Anmerkung der Schriftleitung. Der Aufsatz, gegen den sich Kollege Gehrner hier wendet, stammt auch von einem Chemnitzer Kollegen. Wir überlassen es diesem, wenn er es für nötig erachtet, solche, Gehrner zu antworten.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 7. Sept. der 37. Wochenbeitrag für die Zeit vom 7. bis 13. September 1919 fällig ist.

Für die Bezirksleitung im 10. Bezirk werden zum sofortigen Antritt zwei Sekretäre

gesucht. Die Bewerber müssen mit allen Einrichtungen des Verbandes vertraut, insbesondere agitatorisch tätig sein, schriftliche Arbeiten (Tabellen usw.) für Verbandszwecke anfertigen und in der sonstigen Korrespondenz bewandert sein. Voraussetzung ist ferner längere Organisationszugehörigkeit. Die Besoldung erfolgt nach den Beschlüssen der Generalversammlungen in Breslau und Köln. Die Bewerbungen sind bis zum 15. September zu richten an Karl Engher, Nürnberg, Vorderer Markthausergasse 12.

### Achtung! Weilöter.

Im Frühjahr dieses Jahres hat sich auf Verreiben einiger früherer Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes eine Sonderorganisation der Weilöter unter dem Namen

### „Deutscher Weilöter-Verband“

mit dem Sitz in Bochum gebildet. Der Vorstand dieser Organisation versendet nun ein Flugblatt an die Verwaltungsstellen unseres Verbandes, denen Weilöter angeschlossen sind. Nach dem Flugblatt will der neugegründete Verband Arbeitslosen, Kranken- und Notfallunterstützung seinen Mitgliedern bieten, bezüglichen sichert er ihnen Rechtsschutz in beruflichen Angelegenheiten, kostenlose Stellenvermittlung und die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu. Irgendein Beweis dafür, daß der neue Verband diese seine Zusicherungen auch zu halten vermag, ist nicht erbracht. Von verschiedenen Verwaltungsstellen unseres Verbandes ist deshalb wegen dieser Gründung angefragt und der Vorschlag gemacht worden, eine warnende Notiz gegen diese Gründung in unserem Verbandsblatt zu veröffentlichen. Ganz richtig weisen die betreffenden Verwaltungsstellen darauf hin, daß alles das, was der neugegründete Verband seinen Mitgliedern zu bieten gewillt sei, längst im Deutschen Metallarbeiter-Verband verwirklicht ist und deshalb kein Grund besteht, aus demselben auszuscheiden.

Die der Weilöterbranche angehörenden Mitglieder unseres Verbandes müssen sich aber auch schon deshalb den ihnen empfohlenen Anschluß an die Weilöterbranche recht sorgfältig überlegen, weil ihnen später keinesfalls ihre alte Zugehörigkeit zum Deutschen Metallarbeiter-Verband angerechnet werden kann, wenn sie in dem neuen Verband nicht das erfüllt sehen, was sie erhofften und dann wieder zur alten

Organisation zurückkehren möchten. Die gebildete Branchenorganisation für die Weilöter bedeutet eine weitere Zerspaltung der Kräfte der Arbeiter und hindert damit die Durchführung der wirtschaftlichen Reformen des gesamten Arbeitsverhältnisses, schwächt also die Kräfte der Arbeiter, statt sie zu heben. Das mögen die Kollegen allenthalben bedenken, die jetzt von dem neugegründeten Verband zum Eintritt aufgefordert werden.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 3 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für die Mitglieder der Beitragsklasse:			Beginn der Beitragserhöhung
	I	II	III	
Hilfenberg i. Mecklenb.	10	—	—	1. August.
Glückstadt	30	—	—	1. Oktober.
Hannau	30	15	15	24. August.
Koblenz	30	—	—	24.
Marientwerber	20	10	10	18.
Rosfen	10	10	5	40. Beitragswoche.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungstelle Berlin: Der Herr Erwin Heymann, geb. am 1. August 1891 zu ?, eingetret am 10. Februar 1918 zu Berlin, Mitgliedschafts-Nr. 97508, nach § 22 Absatz 1 c.

Zurückgenommen wird:

die in Nr. 35 veröffentlichte Ausschließung des Schmieds Richard Bendler, geb. am 28. Dezember 1881 zu Hadersleben, Buch-Nr. 1.004830.

Öffentlich gerügt wird:

Auf Antrag eines Schiedsgerichts in Blankenburg a. S.: Der Schmied Richard Bendler, geb. am 28. Dezember 1881 zu Hadersleben, Buch-Nr. 1.004830, wegen unfollegalem Verhalten und Schädigung der Verbandsinteressen.

Wieder aufgenommen werden:

Auf Antrag der Verwaltungstelle Bonn: Der Schlosser Heinrich Kern, geb. am 2. September 1888 zu Kessenich; der Schlosser Ernst Schneider, geb. am 11. April 1892 zu Walb.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Gera:

Der Former Richard Köhler, geb. am 12. November 1878 zu Langenberg.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Hannover:

Der Schlosser Ernst Althorn, geb. am 20. April 1891 zu Nüdershausen.

Aufforderung zur Rechtfertigung:

Das nachfolgend genannte Mitglied wird nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Gzerst:

Der Metallarbeiter Franz Krerck, geb. am 3. März 1899 zu Gzerst, Mitgliedschafts-Nr. 20316, wegen Unterschlagung.

Gestohlen wurde:

- Buch-Nr. 2.495 151, lautend auf den Kesselschmied Karl Walter, geb. am 12. März 1898 zu Pr. Börmed. (Stäfffurt).
  - Buch-Nr. 2.695 921, lautend auf den Schleifer Jakob Rupp, geb. am 14. Mai 1883. (Stuttgart).
  - Buch-Nr. 2.626 288, lautend auf den Schlosser Otto Drisenberg, geb. am 25. April 1880 zu Dorlar. (Dortmund).
  - Mitgliedschafts-Nr. 9138, lautend auf den Dreher Max Rätzsch, geb. am 1. März 1891 zu Berlin. (Hennigsdorf).
  - Mitgliedschafts-Nr. 553535, lautend auf den Schlosser Erich Kobewald, geb. am 5. Dezember 1897 zu Belten. (Hennigsdorf).
- Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

### Zur Beachtung! ♦ Zutug ist fernzuhalten:

- von Drechern nach Weissenheim (Maschinenfabrik Johannesberg, G. m. b. H.); nach Soest (Fa. Ruthemeyer) D.;
  - von Elektromotoren nach Danzig v. St.;
  - von Formern und Gießereihilfsarbeitern nach Vogelsang i. W. (Schroder & Brüding) D.;
  - von Feilungsmotoren und Pfeisern nach Stendal (Gebr. Wolf) D.;
  - von Kesselschmieden nach Düsseldorf (Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik) St.;
  - nach Soest (Fa. Ruthemeyer) D.;
  - von Klempnern und Installateuren nach Wiberach a. R. L.;
  - nach Wittenberge, Bez. Potsdam, L.;
  - von Metallarbeitern nach Danzig D.;
  - nach Gumbinnen v. St.;
  - nach Lahr L.;
  - nach Lindau D.;
  - nach Memmingen (Fa. Schulz) W.;
  - nach Oydruft i. H. St. u. L.;
  - nach Überlingen (Fa. Turbo, Maschinenfabr.) St.;
  - nach Weimar W.;
  - von Metalldruckern nach Arnstadt (H. Engelhardt) D.;
  - nach Leipzig (Wittner & Weißler, Rabold & Lindner, Schneider & Stoy) D.;
  - nach Plettenberg (Firmen L. Seiffenschmidt und H. Seiditz) D.;
  - von Schweißern, Schlossern und Stellmachern nach Sorburg i. Harz (Fa. S. Wähmann) D.;
  - von Schmitt- und Stanzbauern, Schlossern, Drechern und Stahlgebern nach Zwickau (Fa. Rob. Rätzsch) L.;
  - von Werkzeugmachern nach Vallendar (Fa. Joh. Kruck) L.
- L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streit in Sicht; St. = Streit; W. = Wahrgelung; W. = Wählende.
- Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Orts oder einzelner Betriebe führen sollen, sind an den Vorstand zu richten. Anträge auf Verhängung von Sperrern müssen von den Ortsverwaltungen eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

## Berichte

### Drahtarbeiter.

Unna. Seit geraumer Zeit befinden sich die Drahtzieher mit den Unternehmern in Differenzen. Es gibt immer noch einige Unternehmern, die den Wünschen der Arbeiter nicht Rechnung tragen wollen. Die neue Tarifbewegung der Drahtzieher hat bis jetzt in Unna noch zu keinem Ergebnis geführt. Die Unternehmern Augen, es sei keine Arbeit da, auch die Industrie sei nicht in der Lage, eine Verbesserung der Verdienste für die Arbeiter herbeizuführen. Schwarz in Schwarz wird alles von den Unternehmern dargestellt, nur um die Sache zu verschleiern. Auf Umwegen versuchen einige von ihnen, von außerhalb billiger Kräfte heranzuziehen, um dadurch die Arbeiter in Unna gefügiger zu machen. Die Arbeiter von Unna raten den Kollegen allerorts, ehe sie Arbeit in den Drahtziehereien von Unna annehmen, sich mit der Verwaltung Dortmund in Verbindung zu setzen, damit sie vor Schaden bewahrt bleiben. Kollegen, übt Solidarität! — Unser Bureau ist Dortmund, Deringstraße 32

## Gold- und Silberarbeiter.

Hamburg. Die Ursachen des Streiks bei der Schmuckwarenfabrik Aug. F. Richter. In früheren Jahren hat sich die Arbeiterchaft der Firma sehr oft durch einen guten Willigen Gehes von ihren berechtigten Forderungen abbringen lassen. Bei Kriegsausbruch hat die Firma in brutalster Weise die Leute auf die Straße gestoß, sie nach und nach wieder herangeführt und zu der Hälfte und zwei Drittel des früheren Lohnes befristigt, was selbstverständlich eine berechtigte Erbitterung auslöste. Im Dezember des Jahres 1918 stellte die Arbeiterchaft ihre ersten geschlossenen Forderungen, wodurch die Firmenleitung ein wenig aus dem Häuschen geriet, denn bisher hatte jeder Einzelne fast kniefällig um Zulage bitten müssen. Die Verhandlungen über diese Forderungen brachten nicht das, was die Arbeiterchaft erwartet hatte. Aber im Anbetracht der jungen Organisation des Betriebes wurde das Ergebnis angenommen. Im Mai dieses Jahres stellte die Arbeiterchaft an die Firmenleitung erneute Forderungen, die sich den Forderungen ähnlicher Betriebe angeschlossen. Nach langem Warten und Verhandeln nahm die Arbeiterchaft einen vom dem Schlichtungsamt geschickten Schiedsrichter an. Herr Richter erkannte den Schiedsrichter nicht an, legte aber einen Gegenvorschlag vor, der mit seinen niedrigen Zugeständnissen einen Hohn auf die berechtigten Forderungen der Arbeiterchaft bedeutete. Herr Richter hat es zum Streik kommen lassen in der Annahme, daß sich in den Reihen seiner Arbeiter gerügten Streikbrecher finden werden. Diese Annahme war irrig, denn einmütig trat die Arbeiterchaft in den mit allen gegen zwei Stimmen beschlossenen Streik ein, im Vertrauen auf die Macht der Organisation. Der Streik ist nun auf folgender Grundlage beendet worden: Löhne für gelernte Feinmechaniker, Schlosser, Dreher und Stahlgebern: im ersten Jahr nach beendeter Lehrzeit 1,70 M., im zweiten 1,90, im dritten 2,10, sodann 2,50 M.; für gelernte Goldschmiede, Goldgebern, Fassler, Schmelzer und Drehler für die ersten drei Lohnklassen wie oben. In der vierten Lohnklasse 2,35 M.; ungelernete Arbeiter unter 16 Jahren 1 M., von 16 bis 17 Jahren 1,20, von 17 bis 18 Jahren 1,50, von 18 bis 20 Jahren 1,70, sodann 2 M.; ungelernete Arbeiterinnen unter 16 Jahren 70 S., von 16 bis 17 Jahren 90 S., von 17 bis 18 Jahren 1,10 M., von 18 bis 20 Jahren 1,25, sodann 1,40 M. Einmalige Wirtschaftsbefehle je nach der Lohnklasse 75 M., 100 M., 150 M., 200 M. Die Streiktage werden von der Firma bezahlt und der Arbeiterchaft als Ferien angerechnet. In dem Punkte Ferien sind die Wünsche der Arbeiter leider nicht ganz erfüllt. Das Abkommen hat rückwirkende Kraft vom 19. Juni 1919 an. Die Firmenleitung wird aus diesem Kampf gelernt haben, daß die Organisationen der Arbeiterchaft sich nicht so ohne weiteres beiseite schieben lassen, sondern ein Machtfaktor sind, mit dem auch der reaktionäre Unternehmer zu rechnen hat. In der Hinsicht wird auch die jungorganisierte Belegschaft dieses Betriebes aus diesem Kampfe die Notwendigkeit einer starken Organisation erleben und daraus wohl für die Zukunft die richtige Lehre gezogen haben. W. P.

## Gravure, Ziselure, Gold- und Silberarbeiter.

München. Auch den Münchner Kollegen und Kolleginnen ist es gelungen, nach ergebnisvollem Zusammenschluß in den Reihen des D. M. V. ihre Forderungen so schlichten Festscheidungen durch verbindliche Tarifabschlüsse zu heben. Folgende Zusammenstellung der bisherigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse gibt ein klares Bild unserer, wenn auch fürs erste bescheidenen Erfolge in wichtigsten Punkten. Die Dauer der wöchentlichen Arbeitszeit beträgt von nun an 44 Stunden in allen Betrieben. Die Mindestlöhne sind: Für Gravuregehilfen (eigener Tarif): a) bei selbstständigen Meistern: für Arbeiter über 21 Jahre 2 M. die Stunde, unter 21 Jahren 1,60 M., ungelernete Arbeiter im ersten Gehirnsjahr 1,10 M.; b) in Fabrikbetrieben: für Arbeiter über 21 Jahre 2,40 M., unter 21 Jahren 2,10 M., Gold- und Silberarbeiter (innen, eigener Tarif) über 21 Jahre 2,10 bis 2,60 M., unter 21 Jahren 1,50 bis 2,10 M., im ersten Jahre nach der Lehrzeit 1,10 bis 1,50 M., für Arbeiterinnen unter 21 Jahren 0,80 bis 1,20 M., über 21 Jahre 1,20 bis 1,80 M. In der Gelbmetallbranche (Kollektivabkommen): für Arbeiter über 21 Jahre 2,40 M., unter 21 Jahren 2,20 M., im ersten Jahr nach beendigter Lehre 1,70 M. Die Löhne bewegen sich jetzt zwischen 2 bis 3 M. die Stunde. Allortarbeit ist unzulässig. Heimarbeit ist verboten. Urlaub kommt für alle Kollegen und Kolleginnen erreicht werden: für Gold- und Silberschmiede nach 1. bis 3jähriger Tätigkeit im Betriebe 4 Arbeitstage, nach 3 bis 6jähriger Tätigkeit 6, nach 6 bis 10jähriger Tätigkeit 9 und nach 10jähriger Tätigkeit 12 Arbeitstage. Die Lehrlingsfrage wird ebenfalls nach Zahl und Bezahlung einer Neuregelung unterzogen und es sind hierzu bereits Verhandlungen im Gange. Vollständige Tarife werden allen Ortsverwaltungen zugestellt und können von uns verlangt werden. So gelang es uns endlich, auch in München den Grundstein zu legen. — Nicht unbekannt wird es vielen sein, daß gerade in München, einer Hochburg deutschen Kunstgewerbes und einer Arbeitererschaft, die in bezug auf Leistungsfähigkeit nie genug Ansprüche stellen konnte, vor dem Kriege sehr niedrige Löhne bezahlt wurden. Nicht die geringste Schuld daran tragen aber die hiesigen Kollegen selbst, indem sie in falschem Ständebewußtsein und Junksdübel dahingleben. Es bedurfte auch jetzt nicht geringer Anstrengungen, um endlich in eine Lohnbewegung einzutreten zu können. Die nun erwachten Kollegen konnten dann bereits im ersten Ansturm eine Bresche in die Mauer legen und so den eben geschichteten bescheidenen Erfolg erringen. Aufgabe der bevorstehenden Reichskonferenzen der Gravure, Ziselure sowie Gold- und Silberarbeiter wird es nun sein, weiter die richtigen Wege zu weisen. Ein Hauptpunkt wird die möglichste Vereinheitlichung verschiedener Ortsstatistiken sein. Damit wird unseren Unternehmern eine Hauptmasse, der Hinweis auf die Konkurrenz entwendet werden. In Vorschlag zu bringen wäre hier vor allem eine Bezirksvertretung in den jeweils am stärksten von unseren Sparten belegten Industriezentren. Der in Nr. 28 vom 12. Juli aus Gera lautgewordene Gedanke des engsten Zusammenschlusses wird auch von uns als alte gewerkschaftliche Forderung aufgegriffen. Wenn denen es jetzt in dieser schweren Zeit Ernst ist mit der Überwindung der Kriegsfolgen für unser Land und damit im engsten Zusammenhang der Arbeiterchaft selbst, sei hiermit ans Herz gelegt, tätig mitzuarbeiten am Wohle unseres Berufes und damit in sozialistisch aufbauender Art einen Stein beizutragen zu einer glücklichen Zukunft unseres Volkes.

## Metallarbeiter.

Belegfeld L. Ergeb. Der in unserem Verwaltungskreis zum Abschluß gelangene Tarif ist einer der ersten, die das Ergegebisse erweist hat. War er doch nur möglich durch den Zusammenschluß der Arbeiter in diesem Bezirk. Lange hatte es gedauert, ehe die Arbeiter für die Organisation zu haben waren oder den Mut hatten, das den Unternehmern abzutreten, was sie jetzt bei dieser Lohnbewegung erlangen haben. Nun ist ja an sich der Vertrag bei weitem nicht so ausgefallen, wie sich mancher Kollege gemüht hatte. Es fehlt in ihm die Erfüllung einer der Hauptforderungen, und zwar die Ferien, auf die doch wohl die Kollegen großen Wert gelegt hatten. Wir diesem Abkommen ist jedoch erstmalig eine Grundlage geschaffen worden, auf der weitergebaut werden kann. Auch ermöglicht dieser Vertrag die Festlegung von Grundlöhnen, die für unser Ergegebisse von großer Bedeutung sind. Mögen die Kollegen sich nun nur nicht entmutigen lassen und brav, einig und stark zur Organisation stehen sowie den weiteren Ausbau im Auge behalten, um zur gegebenen Zeit gewappnet zu sein. — Bei der letzten Vierteljahrsversammlung wurde die Notwendigkeit einer Beitragsverhöhung für die Vollkassen allgemein anerkannt und beschlossen, von der 3. Woche an 10 S. bei männlichen und 5 S. bei weiblichen sowie jugendlichen Mitgliedern mehr zu erheben. Gelder war diese Beschlüsse sehr schwach besucht. Sollte man doch erwarten, daß bei einer so wichtigen Versammlung die Kolleginnen und Kollegen mehr Interesse haben würden. Die Mitgliederzunahme war im letzten Vierteljahr sehr groß. Im Schluß des 1. Vierteljahres war die Mitgliederzahl 400 und am Schluß des zweiten hatte sie sich nahezu verdoppelt.

**Verbau i. S.** Der Artikel des Kollegen Lott (Berlin) in Nr. 33 der Metallarbeiter-Zeitung zeigt, wie weit die behauerlichen Vorgänge, die leider auf politischem Gebiete vorhanden sind, auch auf unsere Organisation übertragen worden sind und zu welcher unliebsamen Zustand sie führen. Lott versucht nun, die Mitglieder, die der S. P. D. angehören, für die Zustände verantwortlich zu machen, vergißt aber zu sagen, daß gerade den Mitgliedern, die nicht mit Haut und Haaren der Opposition von früher verschrieben waren, jede Tätigkeit innerhalb der Organisation unmöglich gemacht wurde. Er nennt dieses Phänomen und behauptet, der Kollege Busch sei nicht in der Lage, für seine „hallöserischen Behauptungen“: die Mitglieder der S. P. D. würden terrorisiert und die Verbände würden zu einer Agitationszentrale der U. S. P. und Kommunisten, den Beweis zu erbringen. Es ist ja schwer, einen verbissenen Gegner zu belehren, doch wunderbar, wie Kollege Lott nun einmal ist (siehe Zustimmung zu dem Streik am 21. Juli der im Arbeitsnachweis Beschäftigten) glaube ich doch, daß es möglich sein dürfte, ihn davon zu überzeugen, daß die Behauptung des Kollegen Busch zutrifft. Sonstbar mutet es an, wenn Lott sagt, in Betriebs-, Werkstatt-, Branchen- und Generalversammlungen könne jeder seine Meinung zum Ausdruck bringen, jedoch nicht den Kollegen an Mut, für ihre Überzeugung einzutreten. Hier sagt Lott direkt die Unwahrheit, denn sobald jemand eine andere Meinung vertritt, die nicht mit der der Opposition konform geht, wurde — und so wird es auch heute noch in Berlin sein — jeder niedergebrellt. Schreiber dieses erging es so und Kollege Lott war es, der mir sein Bedauern darüber ausdrückte und mich ersuchte, mich doch „mehr nach links zu entwickeln“. Vielleicht erinnert sich Kollege Lott noch der Bezirks- und Werkstatteversammlungen, die wir gemeinschaftlich besuchten? Hat man bei Neuwahlen der Vertrauensleute, Bezirksleiter, überhaupt der Funktionäre, nicht stets nach der Parteizugehörigkeit gefragt? Wählte man doch bei der Neuwahl der Bezirksleitung des 17. Bezirks 1918 den Kollegen Vollmerhaus, der eigens zu dem Zweck unserem Verband beigetreten war, der Opposition auf die Weine zu helfen (er war 4 Wochen Mitglied und gleichzeitig Mitglied des Schuhmacher-Verbandes), in die Bezirksleitung, weil er Mitglied der U. S. P. war. Warum fragte man mich bei der Wahl, welcher politischen Partei ich angehöre und schob die alten Mitglieder beiseite? Lott sollte so ehehlich sein, zuzugeben, daß man darauf bedacht war, nur Parteianhänger der Opposition in die leitenden Stellen zu bringen. Früher fand man es ganz in Ordnung, wenn gegen die Verwaltung (gemeint waren damit Ciering und Cohen) geschickt und gewißlich wurde. Heute, wo andere zwar nicht legen und wählen, aber von ihrem Rechte Gebrauch machen, wird gesagt, das bedeute die Organisation zertrümmern. Wie lächerlich wirkt das auf den Kenner der Dinge. Aber Lott sagt, die Kollegen im Reich sollten erfahren, wie die Kollegen der Verwaltungstelle Berlin, die der S. P. D. angehören, arbeiten. Nun, so mögen die Kollegen im Reich es auch erfahren, wie früher von den Kollegen der Opposition in Berlin gearbeitet wurde.

**Schmiede.**

Berlin. Die Nr. 34 der Metallarbeiter-Zeitung bringt einen Bericht der Mannheimer Kollegen mit der Aufforderung, die Schmiede Deutschlands sollen mehr Fühlung miteinander nehmen. Den Wunsch haben auch wir. Wir haben auch den Versuch gemacht, eine Bezirkskonferenz zustande zu bringen. Im März dieses Jahres stellten die Berliner Kollegen den Antrag an den Hauptvorstand, er solle den Absatz 8 der Uebertretungsbedingungen vom Jahre 1912 nun endlich in die Tat umsetzen. Der Absatz lautet: „Nach erfolgtem Uebertret des Zentralverbandes aller in der Schmiederei beschäftigten Personen zum Deutschen Metallarbeiter-Verband wird vom Vorstand des letzteren eine allgemeine Statistik für diesen Beruf vorbereitet und, soweit es die Geschäftslage gestattet, innerhalb eines Jahres nach erfolgtem Uebertret durchgeführt. Das gewonnene Material wird zu einer Broschüre verarbeitet und diese an die Mitglieder zum Selbstkostenpreis abgegeben. Nach Abschluß der statistischen Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Schmiedeberuf und nach erfolgter Verarbeitung derselben wird eine allgemeine Bezirkskonferenz der im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Schmiede einberufen.“ Der Hauptvorstand übergab den Antrag dem Reich zur Beschlußfassung, der ihn als zur Zeit nicht notwendig ablehnte. Der Aufsatz in Frankfurt a. M., der nach § 28 des Statuts Bescheid über den Vorstand zu regeln hat, verwies uns in seiner Sitzung vom 17. August, unserer Beschwerde entsprechend, an die im Oktober in Stuttgart stattfindende Verbandsgeneralversammlung. Wir werden dem Entschluß gemäß verfahren, den Antrag in Stuttgart zur Entscheidung zu bringen suchen. Der Zweck dieser Zeilen ist gleich dem der Mannheimer Kollegen: entweder in der Metallarbeiter-Zeitung zu sprechen oder die Kollegen im Reich zu veranlassen, in ihren Versammlungen sich mit dem Berliner Antrag zu beschäftigen. Als Beweis für die Notwendigkeit der Einberufung der Bezirkskonferenz ist die Behauptung der hiesigen Unternehmer anzuführen, daß die Kollegen im Westen Deutschlands billiger arbeiten. Der Bericht der Mannheimer Kollegen beweist das Gegenteil. Die Mannheimer haben tariflich festgelegt für Feuerschmiede 3,20 und 3,40 M, wir Berliner nur laut Tarif der Zwang: für Feuerschmiede 3 M, in Maschinenfabriken 3,10 M. Ein sehr dummer Fick im Mannheimer Tarif ist aber der Satz: „... auch wenn sie das Schmiedehandwerk nicht erlernt haben.“ Wir kennen am Feuer und Stiel nur getarnte Schmiede. Als Tagesordnung für eine Konferenz schlagen wir vor: 1. Die statistischen Erhebungen und welche Lehren geben sie uns? 2. Können wir die Verteilung des Arbeitslohnes einheitlich regeln? 3. Welche Vorteile bringt die Sozialisierung für den Beruf? Die Statistik, die in hiesiger Branche seit 1916 bereits gemacht worden ist, ist so unvollständig, enthält so reiches Material über die Lohn- und Arbeitsbedingungen, über die Notwendigkeit der Produktion, über die wichtige Organisation der Schmiede usw., daß wir bei gründlicher Zerlegung große Aufgabenstellung und Lehren mit noch ganz nehmen können. Das überflüssige auch, überschreiben: „Die Arbeitsbedingungen der Schmiede im Deutschen Reich“ ist bei der Verteilung der Schmiede im Deutschen Reich“ ist für den Beruf der wichtigste. Die Statistik sind nicht nur in jeder Stadt, sondern in jedem Betriebe anders. Dieser Punkt bietet noch heute so große Ungerechtigkeiten, grenzt so sehr an Auswüchse, daß er als besonderer Punkt behandelt werden sollte. In Berlin ist es das gelungen, tariflich die Zuschläge von 14 v. H. auf 8, 6 und 4 v. H. abzubauen. Die Helferfrage haben wir, entgegen den Kollegen von Mannheim, soweit gelöst, daß wir noch getarnte Schmiede eingestellt werden. Von der Bezirkskonferenz wird es abhängen, ob unsere Behauptung richtig ist, daß die Verteilung der Betriebe einheitlich über das ganze Reich geregelt werden kann. Dem Punkt 3 würde es sich empfehlen, einen wichtigen Referenten zu bezeichnen, der an Hand der Statistik der Betriebe prüfen kann, daß die tariflichen Zuschläge, die tariflichen Einrichtungen, die ungelösten Streitigkeiten, die verarbeiteten, so veranschlagt sind, daß wir Schmiede ganz besondere Beachtung haben, alle Beziehungen zu unterstützen, die der Sozialisierung den Weg frei machen. Gleich den Mannheimern setzen wir den Kollegen im Reich zu: „Sie seid uns das Wort!“

**Mechaniker.**

Schweizungen a. S. Die Einwirkung unserer Verbände in der Metropole der Uhrmacherei ist in der Vorherrschaft nur sehr langsam vor sich gegangen. Der Organisationsgedanke fand bis an allen übrigen Schmiedebetrieben so auch in Schweizungen nur sehr spärlich Eingang in die Köpfe der Uhrmacher, obwohl ihre wirtschaftliche Lage keineswegs ruhig war. Die Löhne blieben ziemlich weit hinter denen der übrigen Metallindustrie zurück, was allerdings auf verschiedene Ursachen zurückzuführen war. Ehe die Uhren überhaupt hergestellt wurden, also bis in die neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts hinein, wurden sie meistens durch Heimarbeiter auf handwerklichem Wege hergestellt. Für diese Arbeit wurde aus den damaligen Großstädten ein mehr als jährlicher Lohn bezahlt. Und dieses Verhältnis hat sich auch noch bis weit in die neuere Zeit hinein gehalten. Die ehemaligen Heimarbeiter waren gewohnt, in ihrer

langer Arbeitszeit ihren geringen Lohn zu verdienen und nahmen vielfach aus den Fabriken noch Arbeit mit nach Hause, um mit Weib und Kind das noch nachzubedenken, was in 10- und 12stündiger Fabrikarbeit nicht erreicht wurde. Oder es gingen neben dem Vater noch die Mutter sowie Söhne und Töchter in die Fabrik, vom 14. Lebensjahre an, sobald auf diese Weise nicht nur der Lebensunterhalt bestritten, sondern sie und da auch noch einige Ersparnisse gemacht wurden. Daneben verstanden es die Fabrikanten ausgezeichnet, die Arbeiter in dem Glauben zu erhalten, daß sie es recht gut hätten in ihren Betrieben, und da sie durch verwandtschaftliche und kameradschaftliche Beziehungen vielfach noch mit den Arbeitern verknüpft waren — die Fabrikanten gingen ja fast alle aus den ehemaligen Heimarbeitern hervor —, bildete sich jenes „patriarchalische“ Arbeitsverhältnis heraus, das den Arbeitern noch überall Schäden zugefügt hat, wo es bestand. Das mangelhafte Klassenbewußtsein ist nicht zuletzt auf dieses sogenannte patriarchalische Arbeitsverhältnis in vielen Betrieben zurückzuführen, wo der Arbeiter seinen „Vaterherrn“ als väterlichen Freund und nicht als seinen Ausbeuter betrachtet. So war es auch bis zum Ausbruch des Krieges in Schwaben bei vielen Arbeitern, und die Zahl der organisierten Arbeiter war im Verhältnis zur Zahl der Beschäftigten sehr gering. Von rund 5700 Beschäftigten (4100 männlichen, 1360 weiblichen und 220 Lehrlingen) waren nur rund 10 v. H. organisiert, im ganzen etwa 600. Es war daher nicht verwunderlich, wenn die Unternehmer bei Ausbruch des Krieges ihren Humanismus in der Weise kundtaten, daß sie zunächst einmal sämtliche Arbeiter, auch die ältesten, rückständigsten auf die Straße setzten, und dann, als nach 2 bis 3 Monaten die Betriebe wieder langsam geöffnet wurden, den Lohn um 10 bis 25 v. H. kürzten. Da gingen freilich vielen alten Uhrmachern die Augen auf, und sie bereuten es bitter, daß sie unserer früheren Mahnungen nicht gefolgt und dem Verband beigetreten waren, denn sie vermisten damals schmerzhaft die wöchentlich an unsere Mitglieder ausbezahlte Arbeitslosenunterstützung. Trotz dieser schmerzlichen Erfahrungen zogen die meisten diejenigen, die nicht zum Gewerksdienst einberufen wurden, nicht die richtige Lehre aus dem Verhalten der Fabrikanten. Sie schimpften wohl weidlich über deren „Patriotismus“, blieben aber nach wie vor gleichgültig, selbst noch dann, als die meisten Unternehmer längst Gewerksaufträge ausführten und tiefen Schaden verdienten. Die Versuche der hiesigen Verbandsleitung, die Arbeiter aufzumuntern, blieben alle ohne nennenswerten Erfolg, und die Arbeiter nahmen mit weit weniger Verdienst vorlieb, als in anderen Nahrungsbetrieben. Auch als das Hilfsdienstgesetz in Kraft getreten war, das den Arbeitern eine Handhabe zur Verbesserung ihrer Lohnverhältnisse bot, blieben sie immer noch gleich ablehnd der Organisation gegenüber. Auch hier tat erst der 9. November das gleiche Wunder wie anderwärts. Im Jahre 1918 hatten wir schon 2 Lohnbewegungen, im Januar und September, die für die Arbeiter einen kleinen Erfolg und der Organisation eine Anzahl neuer Mitglieder brachte. Die Hauptbewegung setzte erst Ende November ein, von wo an es rasch vorwärts ging, so daß wir am 1. Januar 1919 rund 1000 Mitglieder hatten. Das erste Vierteljahr 1919, in dem eine Lohnbewegung eingeleitet wurde, bedeutete einen Riesenschritt nach vorwärts, denn es wurden rund 3000 Mitglieder aufgenommen und es mußte daher ein zweiter Beamter angestellt werden. Die Lohnbewegung, die am 9. April ihren Abschluß fand und über die in Nr. 18 der Metallarbeiter-Zeitung schon berichtet wurde, bedeutete einen vollen Erfolg für die Arbeiterschaft. Sie wurde auch als solcher gewertet, denn einige Hundert Neuaufnahmen hatten wir schon im 2. und auch im 3. Vierteljahr zu verzeichnen. Jetzt zählen wir rund 4200 Mitglieder. Wohl ging das Errungene mancher Kollegen noch nicht weit genug und man hörte hier und da Stimmen der Opposition. Die Mehrzahl der Schweminger Uhrmacher gab sich jedoch mit dem Erfolg zufrieden, zumal der Tarif gleichzeitig für den ganzen Schwarzwaldbereich abgeschlossen wurde, was an sich schon einen bedeutenden Fortschritt gegen früher bedeutete. Auch gibt der Monatsbericht am 1. September Gelegenheit, etwa vorhandene Mängel noch zu beseitigen und den Tarif so auszugestalten, daß er allen Ansprüchen der Uhrmacher genügt. Voraussetzung für das Zustandekommen eines in allen Teilen befriedigenden Lohntarifes ist jedoch, daß die neu gewonnenen Kollegen dem Verbande die Treue und vor allem Dinge die Einheit bewahren, die allein imstande ist, alle Widerstände zu überwinden, die sich in dieser schweren Uebergangszeit uns noch entgegenstellen. Die Uhrmacher in Schwemingen sind aufmerksam, Sorge jeder Kollege und jede Kollegin für weitere Fortschritte und für Aufklärung aller neu aufgenommenen Mitglieder, dann mag kommen, was will.

**Rundschau**

**Arbeiterlöhne.**  
Nach einer vom Statistischen Reichsamt aufgenommenen Statistik sind die Durchschnittslöhne der erwachsenen männlichen Arbeiter in der Zeit vom März 1914 bis zum September 1918, also während der Kriegsdauer, von 5,17 auf 12,46 M und die der Arbeiterinnen von 2,28 auf 6,01 M gestiegen. Seht man den Stand vom März 1914 = 100, so bedeuten die angegebenen Zahlen, daß der Durchschnittslöhne der Männer im September 1918 241,0 und der der Frauen 263,6 betragen würde. Die Steigerung ist hierdurch nicht so groß, wie im allgemeinen angenommen zu werden pflegt. Allerdings beträgt sie in verschiedenen Gewerbegruppen mehr. So sind z. B. die Löhne der Männer während der angegebenen Zeit in der elektrischen Industrie von 4,52 auf 13,46 M (d. h. um 198 v. H.), in der Maschinenindustrie von 5,32 auf 13,04 M (145 v. H.), in der Papierindustrie von 3,93 auf 9,43 M (140 v. H.), die der Frauen in der Metallindustrie von 2,05 auf 6,65 M (224 v. H.), in der Maschinenindustrie von 2,28 auf 6,26 M (175 v. H.), in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe von 1,99 auf 5,35 M (174 v. H.) und in der elektrischen Industrie von 2,75 auf 7,35 M (167 v. H.) gestiegen. Andererseits sind die Löhne auch in einigen anderen Gewerbegruppen wesentlich geringer angewachsen, so z. B. für Männer im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe nur von 5,69 auf 8,52 M (in Höhe von etwa 50 v. H.) und für Frauen in der Leder- und Gummiindustrie nur von 2,02 auf 4,82 M (etwa 71 v. H.). Wenn auch die genannten Erhebungen keinen zwingenden Schluß auf den tatsächlichen realen Arbeitslohn zulassen, so geben sie doch ein anschauliches Bild über die Lohnbewegung während der fünf Kriegsjahre zu je zwei verschiedenen Terminen jedes Jahres, nämlich dem März und September. Es geht aus dieser Statistik nun erneut die Tatsache hervor, daß die Erhöhung der Löhne lediglich einem bescheidenen Anstieg für die viel früher gestiegenen Preise aller Lebensmittel und sonstigen Verbrauchsgüter gegenüberzustellen ist.

**Die rechtliche Bedeutung der Revolution für laufende Verträge.**  
K. (Königsberg) vernoten.) Eine Frage von allgemeiner Bedeutung für die Kreise der Industrie und des Handels ist es, ob vor dem 9. November 1918 geschlossene Verträge nach dem Umsturz aller Verhältnisse durch die Revolution noch zu den alten Bedingungen erfüllt werden müssen. Das Hanseatische Oberlandesgericht hat dies in einem Rechtsurteil vom 24. 2. 19. (es handelte sich um einen Verlieferungsvertrag) verneint und dabei folgende Begründung seines Standpunktes gegeben:  
Die Grundlage hat sich durch die Revolution wesentlich geändert. Vor allem durch die Aenderung der Arbeitsverhältnisse und durch die Verfestigung des Einkommens, das die Arbeiter auf den gewerblichen Betrieb erlangt haben. Die eingetragenen Lieferverträge bringen die wesentliche Aenderung, daß getarnte Arbeiter nicht mehr erhalten als ungetarnte; die Abschaffung der Steuerfreiheit vernichtet den Erwerb, durch den sich mehr zu verdienen; auf Höchstlöhnen und Leistungen wird in der Lohnfrage nicht mehr die bisher höchste genommen; der Arbeitgeber und nicht der Arbeiter erhält genau denselben Lohn, wie der intelligente und fleißige. Dabei ist der Unternehmer in der Lage und Anstellung seiner Arbeiter nicht mehr frei,

sondern es wird ein weitgehender Zwang ausgeübt. Eine entsprechende Aenderung der Arbeit ist somit den Unternehmern verweigert; kommt, daß die Arbeiterrechte sich in das Bestimmungsrecht über Betriebsleitung eingemischt haben; die Arbeiter haben das Mitsprachen aus der Arbeit fortzulassen, um den Arbeiterrat wegen meinteiliger Beschwerden anzurufen. Dazu kommt ferner die Umlage der Ueberstundenarbeit. So läßt sich eine zielbewusste Betriebsleitung überhaupt nicht mehr durchführen. (Mitteldeutsche Bl. 1. 246)

**Gewerbegerichtliches.**

**Rein Lohnanspruch der Arbeitswilligen bei Schließung Betriebes.** ak. Wie das Gewerbegericht Bremen am 2. Mai 1919 entschieden hat, können in Fällen, in welchen sich Schließung eines Betriebes infolge drohender Betriebsstilllegung erheblichen Teiles der Arbeiterschaft zur Betriebsstilllegung veranlaßt, die unbeteiligten Arbeitswilligen keinen Anspruch des Lohnausbehalts beanspruchen. Anlässlich einer Lohnbewegung war es zu Demonstrationen gekommen, die in Gewalttätigkeiten auszuarten drohten und gegen die auch der Arbeiterrat machtlos war. Es war bei in ein Lebensmitteldepot eingebrochen worden, die Maschinen leer, und es war zu befürchten, daß Betriebsstilllegungen Material schwere Beschädigungen erlitten. Unter diesen Umständen konnte, wie das Gewerbegericht ausführt, die Fabrikation Schließung des Betriebes als einzigen Ausweg ansehen, da ihr zugemutet werden konnte, zu warten, bis sich die geübten Beschäftigten etwa vertrieben hätten. Sie war zur Schließung auf Grund von Verhältnissen gezwungen, die sie nicht zu vertreten hatte, deshalb zur Lohnzahlung nicht verpflichtet.

**Allgem. Kranken- und Sterbefasse der Metallarbeiter (B. a. G. Hamburg.)**

**Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im Monat Juli 1919.**

Einnahmen:

Von den Filialen eingekandt 144 813,19 M. Beiträge von Einzelmitgliedern 2804,20. Zinsen 9209,54. Mieten 530,90. Sonstige 579,91. Zusammen 157 937,74 M.

Ausgaben:

An die Filialen gekandt 14 828,99 M. Krankengelder an Einzelmitglieder 1475,10. Sterbegelder an Einzelmitglieder 210,00. Mithaltungen 203,45. Verwaltungskosten 20 837,59. Sonstige 1660, Zusammen 39 215,93 M.

Abschluß:

Einnahmen	157 937,74 M
Ausgaben	39 215,93 "
Mehreinnahmen	118 721,81 M
Kassenbestand am 1. Juli 1919	2 855 612,01 "
31. 7. 1919	2 974 288,82 M

Alle für die Krankenkasse sowie für die Sterbefasse bestimmten Postsendungen sind stets nur an das Bureau der Kasse unter der Adresse: Allgemeine Kranken- und Sterbefasse der Metallarbeiter (B. a. G.), Hamburg 1, Besenbinderhof 70, zu richten. Bei jeder Geldsendung an die Hauptkasse ist stets anzugeben, der Betrag für die Krankenkasse oder für die Sterbefasse bestimmt ist und wenn für beide Kassen, dann wieviel für jede.

Mit Gruß  
H. Wewes, Hauptkassier

**Verbands-Anzeigen**

- Mitglieder-Versammlungen.** (In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgenommen.)
- Sonntag, 7. September: Magdeburg (Elektronmonteur). Restaurant Monopol, Wilhelmstr. 1. 11 Uhr. Westendgarten, 10 Uhr.
  - Dienstag, 9. September: Magdeburg. Gewerkschaftshaus, 6 Uhr.
  - Mittwoch, 10. September: Boizenburg a. d. E. Sonne, 8 Uhr.
  - Samstag, 13. September: Rahl. Müller, Saalfraße, 8 Uhr. Bismarck. Fürstentof, 8 Uhr. Zerb. Schöndach.
  - Sonntag, 14. September: Belgard a. H. Falls-Gesellschaft, 3. Nikolai-Str. 2. Saams, 10-12 Uhr.
  - Dienstag, 16. September: Erfurt (Baulehnen). Forelle, 7 Uhr.
  - Samstag, 20. September: Sangerhausen. Schl. Wintergarten, 8 Uhr. Rudolfsb. Weißes Hof, 8 Uhr.
  - Sonntag, 21. September: Sonderburg. Gewerkschaftshaus, 5.
  - Samstag, 27. September: Uelzen. Gewerkschaftshaus, 8 Uhr.
  - Sonntag, 28. September: Magdeburg (Geizungsmonteur). Koppch, Tischlertraße, 28.

**Geftorben.**

- Magdeburg. Frh. Ohage, Gellgießer, 55 Jahre, Wasserfucht.
- Wilhelm Speeling, Arbeiter, 49 Jahre, kreislänglicher Tod.
- Wald. Reide, Former, 47 Jahre, Herzleiden.
- Wilmhelm Belau, Arbeiter, 60 Jahre, fremdländischer Tod.
- Gustav Trappe, Arbeiter, 19 Jahre, Lungenbluten.
- Gustav Men, Former, 59 Jahre, Herzleiden.
- Robert Richter, Dreher, 26 Jahre, Herzschlag.
- Frh. Kamm, Dreher, 28 Jahre, Nierenverwässerung.
- Paul Kröber, Schlosser, 28 Jahre, Entkränkung.
- Edo Voigt, Former, 25 Jahre, Lungenblut.
- Elio Feit, Installateur, 61 Jahre, Schlaganfall.
- Hermann Wiegand, Dreher, 48 Jahre, Magenkrebs.
- Albert Schelling, Schlosser, 60 Jahre, Herzschwäche.
- Frh. Schönfeld, Arbeiter, 37 Jahre, Schlaganfall.
- Hermann Wettern, Schlosser, 44 Jahre, Lungenentzündung.
- Willy Schütz, Schlosser, 51 Jahre, Gelenkheumatismus.
- Willy Bollmeier, Arbeiter, 57 Jahre, Lungenentzündung.
- Walter Thielber, Dreher, 27 Jahre, Lungenentzündung (1490).
- Rowalds-Rohrdam, Frh. Schiller, Metallarbeiter.
- Stolten i. E. Artur Ritter, Schlosser, 25 Jahre.

**Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen u. dergl.**

- Dahleddorf. Uns ist ein Lehrling, ausgefesselt für den Schlosser Gustav Welfenhaner, geb. 16. März 1912 zu Paganau i. Schl., ohne nähere Angaben ausgefesselt worden. W. lernte in der Schleifschloßhölzerei Welfenhaner zu Paganau. Der Eigentümer wird gebeten, den Lehrling bei der hiesigen Verwaltungsstelle, Wallstraße 10, 1, anzufragen.
- Samt a. d. Sieg. Alle Sendungen an den Kollegen Schläder, Hotel Kalandor, Paganau a. d. Sieg.

**Sonstige Anzeigen**

- Bekanntmachung. Die Arbeiter-Gesetze sind niemals an die Arbeiter, sondern nur an den Verlag der Metallarbeiter-Zeitung zu richten.
  - Einige tüchtige Metallarbeiter auf Aluminium- und Stahlarbeiten gesucht. Günstige Lebensbedingungen. Aluminiumwerk Anton Ellinghaus, Beckum i. Westfalen.
  - Feilenmacher. Feilenmacher für sofort gesucht. Auf Wunsch Rohr und Logis im Hause. Gg. Zintel, Feilenmacher, Sulzbach, O. Pf.
  - Kunstformer u. Zifeleure. Für tüchtigen und mentalen Formgeber gesucht. Pöhlmannsche Maschinenfabrik, G. u. S. S. Pöhlmann-Oberkassel, Paganau 240. Bewerbungen aus den unbefestigten Reichsteilen an G. Egner, Pöhlmann, Pöhlmannstr. 8.
- Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei und Verlag Stuttgart, Rötterstraße 16 B.